

Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesvorstand
 Beschlussdatum: 30.08.2018
 Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

- 1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht
- 2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische
- 3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen
- 4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,
- 5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
- 6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
- 7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und
- 8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.
- 9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr
- 10 und
- 11 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil
- 12 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.
- 13 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
- 14 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen
- 15 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen
- 16 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war
- 17 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen
- 18 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich
- 19 weit auseinandergesprungen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in
- 20 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und Europa gespalten. Das ist
- 21 ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu viele leben in
- 22 Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden sich aus der
- 23 Gesellschaft.
- 24 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,
- 25 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts
- 26 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach
- 27 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein
- 28 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen
- 29 Rahmen setzen.
- 30 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das
- 31 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für
- 32 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
- 33 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und
- 34 Bürger investiert. Europa soll europäische öffentliche Güter, die für alle da sind, wie

35 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch gemeinsame
36 Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn Europa Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die
38 großen
39 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Zudem
40 möchten wir die Eurozone so umbauen und stabilisieren, dass sie bei Krisen umso fester
41 zusammensteht. Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt,
42 Verbrauchern und Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

43 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie
44 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
45 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf
46 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
47 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten.

47 2.1 EU-Haushalt neu aufstellen

48 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher
49 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die europäische Ebene verlagern, umso mehr Mittel
50 müssen auch bereitgestellt werden.

51 Statt sich um die großen europäischen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen
52 Regierungen im Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget
53 wieder zurückerstattet bekommen. Dabei profitieren von erstklassiger Forschung in Sofia auch
54 Firmen in Amsterdam, und von der Finanzstabilität in Finnland haben auch Bankkund*innen in
55 Spanien etwas. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass sich die Anstrengungen der EU in
56 Zukunft so stark wie möglich auf europäische Gemeingüter konzentrieren und der Haushalt
57 entsprechend ausgerichtet wird. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 % des
58 europäischen Bruttoinlandsproduktes, damit die Europäische Union die ihr übertragenen
59 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. In dem Maße, wie die EU eigene Einnahmequellen
60 erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

61 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch
62 entstehende
63 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen
64 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

65 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die
66 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,
67 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche Landwirtschaft und
68 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
69 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
70 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
71 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

72 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen
73 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
74 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir

74 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen
75 europäische Unterstützung brauchen. Außerdem wollen wir die Vergabe öffentlicher Aufträge
76 vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

77 Eigene Einnahmen stärken die EU

78 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf europäischer Ebene tun, statt
79 einfach jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke
80 Union will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

81 Europa soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die
82 Mitgliedstaaten. Die Wertschöpfung der großen digitalen Konzerne wie Google oder Facebook
83 ist häufig immateriell und keinem Land zuzuordnen. So schaffen es diese Unternehmen, sich
84 der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen mit einer am Umsatz orientierten Digitalsteuer
85 einen Teil dieser enormen Gewinne den europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen.

86 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in
87 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
88 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen
89 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der
90 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

91 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 92 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 93 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 94 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung
95 öffentlicher Aufgaben.

96 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

97 Europa hat eine schwere Wirtschaftskrise durchlebt, die immer noch schwelt. Ihre Folgen
98 bestimmen den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind ohne Arbeit.
99 In Italien, Spanien und Griechenland ist mehr als jeder dritte junge Mensch arbeitslos. Das
100 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit geprägt.

101 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen
102 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft
103 und das Vertrauen in Europa unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
104 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es
105 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

106 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren. Mit unserer Investitionsoffensive lösen
107 wir zwei Probleme. Wir schaffen Arbeit und eine wirtschaftliche Perspektive für alle
108 Europäer*innen. Gleichzeitig erneuern, erweitern und modernisieren wir unsere Infrastruktur.
109 Das ist die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

110 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark
111 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das
112 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
113 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den
114 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Um den

115 Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für nationale Ausgaben so
116 gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen stärker möglich sind.
117 Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren richtigerweise die Spielräume für
118 solche Investitionen erweitert.

119 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
120 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
121 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
122 Investitionsfonds für strategische Investitionen (EFSI) wurde temporär zur Krisenbewältigung
123 geschaffen. Er hat sich bewährt und sollte nicht wie ursprünglich geplant 2020 beendet
124 werden. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen. Allerdings muss er seine Strategie ändern.
125 Bislang kam das Geld häufig nicht dort an, wo es am nötigsten gebraucht wird. Finanzierte
126 Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI zustande gekommen. Zahlreiche

127 Investitionen waren nicht nachhaltig. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
128 zusätzlich und nachhaltig sind. Die Förderschwerpunkte ökologische Effizienz und
129 Kreislaufwirtschaft müssen auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sollen das
130 Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen
131 kann.

132 Klimaschutz, innere wie äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung in
133 Zukunftstechnologien, eine europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und
134 Mobilität, soziale Absicherung – dies sind europäische Gemeingüter, in die wir auch
135 europäisch investieren wollen. So können wir die Energiewende in ganz Europa nur dann
136 vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die Vernetzung der bestehenden Stromnetze
137 investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn nur so kann Windenergie von den
138 Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien nach Polen transportiert werden.

139 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird
140 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis
141 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des
142 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
143 anachronistisch. Wir wollen in ganz Europa schnelles Internet schaffen. Und bei der
144 Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz kann Europa nur
145 gemeinsam erfolgreich sein.

146 Europas Sicherheit in einer unübersichtlichen Weltlage lässt sich am besten gemeinsam
147 gewährleisten. Die Schaffung europäischer Strukturen in der Verteidigung kann Europa
148 sicherer und unabhängiger machen. Das spart langfristig auch viel Geld.

149 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

150 Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Jugendliche brauchen überall in Europa eine
151 Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien sind auch
152 unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen
153 Jugend.

154 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen
155 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
156 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,
157 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch

158 funktionieren. Deswegen setzen wir uns für Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote von
159 hoher Qualität ein, die auskömmlich finanziert sind, beispielsweise angelehnt an die duale
160 Ausbildung in Deutschland.

161 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-
162 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht
werden.

163 Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die Jugendgarantie nicht mit Leben
164 füllen. Spanische, griechische und italienische Jugendliche haben in ihren Heimatländern
165 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit, wenn sie in einem andern EU-Land einen Job finden
166 möchten. Auch dabei soll die EU ihnen helfen, damit könnte in Deutschland auch der
167 Fachkräftemangel bekämpft werden.

168 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 169 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, Energie und Mobilität,
- 170 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 171 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

172 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

173 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und
174 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles
175 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
176 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die
177 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder
178 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der
179 die Europäer*innen zusammenführt.

180 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und
181 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
182 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen
183 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit
184 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das
185 darf nicht so bleiben.

186 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen
187 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, hat nichts gewonnen, wenn wir
188 einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, Europa aber vor die Hunde geht, weil die
189 Jugendarbeitslosigkeit antieuropäische Parteien stark macht. Die Eurozone muss also stabiler
190 und demokratischer werden. Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und
191 Solidarität in der Eurozone zu setzen.

192 Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens müssen
193 wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung wirtschaftlichen
194 Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit einige
195 verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens
wollen

196 wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer Kontrolle
197 unterwerfen.

198 Euro stabilisieren – Haushalt für die EurozonePlus

199 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen
200 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die
201 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen
202 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit
203 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Eine nationale und doch europäische Antwort ist,
204 dass wir auch in Deutschland mehr investieren und gegen Lohndumping vorgehen. Das nützt
der

205 Stabilität unserer Währung und macht die deutsche Wirtschaft zukunftsfähiger und sozialer.

206 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
207 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Deshalb
208 befürworten wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone im Rahmen der allgemeinen EU-
209 Finanzen. Wir schaffen ein EurozonePlus-Budget, das in dem Maße aufwächst, wie sich die
210 beteiligten Mitgliedstaaten darauf einigen, darüber gemeinsame Aufgaben gemeinsam zu
211 finanzieren, die sie bisher national finanziert hatten. Solche europäischen Gemeingüter
212 wären zum Beispiel ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für
erneuerbare

213 Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa. Dieses EurozonePlus-
214 Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer
215 der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern.

216 Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die besonders
217 antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und
Steuerdumping

218 beendet. Deutschland und Frankreich sollten hier vorangehen. Durch ein so finanziertes
219 Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die
220 Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze. Der Haushalt für die Eurozone sollte verpflichtend für
221 alle Euroländer, aber offen für alle sein, daher „EurozonePlus“.

222 Zur Stabilisierung könnte auch eine ergänzende europäische Rückversicherung der nationalen
223 Arbeitslosenversicherungen beitragen.

224 Europa sollte künftige Krisen alleine lösen können. In der Eurokrise hat der internationale
225 Währungsfonds geholfen. Wir wollen einen europäischen Währungsfonds schaffen und im EU-
Recht

226 verankern. Um zu verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulation in eine tiefe Krise
227 schlittert, braucht es eine schnelle Reaktion. Dafür wollen wir eine kurzfristige
228 Kreditlinie schaffen, die schon präventiv wirkt. Das Europäische Parlament sollte das Recht
229 auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des Direktors dieses
230 europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige Kredite aus dem
231 europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen Parlamenten
232 liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt.

233 Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit

234 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen
235 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen
236 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur
237 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die

238 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln
239 wirksam angewandt werden können:

240 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht
241 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds.
So
242 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist und dann doch wieder die
243 Steuerzahler einspringen müssen.

244 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
245 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
246 Kund*innen im Krisenfall um ihr Ersparnis bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb
247 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung
248 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
249 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf
250 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

251 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das
252 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
253 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken
254 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
255 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer
256 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten auf 10 % bei den
257 Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kundengeschäft der Banken
258 ein. Für Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage ratio“) gelten, damit sie ihre
259 Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir
260 nach Risiko und Komplexität unterschiedlich behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken
261 wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.

262 Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!

263 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
264 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
265 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und
266 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte
267 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und
268 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

269 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten bereits Realität: Die Länder des
270 Euro teilen eine gemeinsame Geldpolitik. Das macht für diese Länder auch in anderen
271 Bereichen gemeinsame Schritte notwendig, die für die Nicht-Euroländer nicht essenziell sind.
272 Lösungen für die Eurozone sollten aber immer offen für andere Mitgliedstaaten sein, wie es
273 etwa schon heute bei der Bankenunion der Fall ist.

274 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 275 • einen krisenfesteren Euro,
- 276 • ein EurozonePlus-Budget zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 277 • die Vollendung der Bankenregulierung.

278 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

279 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten
280 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
281 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch
282 mehr beitragen.

283 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er
284 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der
285 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in
286 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre
287 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne
288 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle
289 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht
290 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit
291 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
292 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen
293 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

294 Steuerdumping beenden

295 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest
296 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu
297 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,
298 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer
299 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und
300 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.
301 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen
302 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen dieses
303 Geschäftsmodell beenden.

304 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,
305 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche
306 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
307 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen
308 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der
309 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

310 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerländer.
311 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu den Kosten für sie bei.
312 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des
Gemeinwesens

313 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen
314 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür

315 ist die entsprechende europäische Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für
316 die Unternehmen nicht mehr.

317 Europäische Unternehmensmindeststeuer

318 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb
319 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
320 Wir wollen in einem ersten Schritt eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Besteuerung

321 von Unternehmen im Binnenmarkt. Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade
für
322 kleine und mittlere Unternehmen führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter
323 auch in anderen Mitgliedstaaten tätig werden können. Es soll einen europäischen
324 Mindeststeuersatz für alle Unternehmensgewinne geben.

325 In einem zweiten Schritt sollte eine europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es endlich
326 eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem Mindeststeuersatz
327 soll direkt in den EurozonePlus-Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
328 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen
329 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass
330 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

331 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land
332 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.
333 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine
334 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.
335 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
336 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.
337 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

338 Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen

339 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
340 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen
Steuerhinterziehung
341 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg
342 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
343 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien
müssten
344 der Spekulation durch kriminelles Geld so europaweit entzogen werden.

345 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um
mindestens
346 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
347 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,
348 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in
349 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

350 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
351 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen
352 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt
353 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
354 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit
355 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
356 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in
diesen
357 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

358 Europa handlungsfähig machen

359 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass Europa gegen Steuervermeidung vorgeht.

360 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte

361 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit

362 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das

363 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

364 Wer GRÜN wählt, stimmt für

365 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,

366 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

367 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

368 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der

369 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und

370 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen

371 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,

372 bestehende Monopole zu zerschlagen.

373 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,

374 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen

375 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten

376 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern

377 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des

378 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit

379 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische

380 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam

381 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei

382 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und

383 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

384 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren

385 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb

386 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man

387 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.

388 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen

389 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu

390 groß wird.

391 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue

392 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können

393 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen

394 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um
395 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen
396 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen,
müssen
397 die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen.

398 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann
399 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen
400 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
401 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese
Unternehmen
402 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss
403 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

404 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 405 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 406 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 407 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.

408 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

409 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen
410 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
411 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und
412 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für
413 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die
414 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
415 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:
416 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial
417 absichern.

418 Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren

419 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
420 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche
421 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im
Interesse
422 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte
423 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
424 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das
425 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
426 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten
427 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund
428 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbriefte
429 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem
430 Garanten für soziale Rechte.

431 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
432 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den

433 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.
434 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte
435 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
436 angepasst werden.

437 Soziale Mindeststandards in ganz Europa

438 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür
439 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten Wir
440 machen uns stark für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale
441 Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation.
442 Die Mitgliedstaaten sind natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu
443 schaffen. Das Gleiche gilt für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen
444 Mindestversorgungsstandard in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss einen Zugang zu guter
445 medizinischer Versorgung haben.

446 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge
447 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
448 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede
449 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben strengere Regelungen gegen die
450 Einflussnahme der Pharmaindustrie im Gesundheitswesen an.

451 Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit

452 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-
453 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
454 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller
455 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,
456 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen

457 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch
458 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU.

459 Es kommt bei der Mobilität von Arbeitnehmer*innen immer noch zu Ausbeutung. Etwa wenn
460 rumänische Arbeiter in deutschen Schlachthöfen zu niedrigen Löhnen und unwürdigen
461 Bedingungen beschäftigt werden. Die neue Entsenderichtlinie war ein wichtiger grüner
462 Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa durchzusetzen. Für
463 die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem müssen auch in andere
464 Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die Entsenderichtlinie aufgenommen und
465 umfassend geschützt werden. Bislang sorgen aber Konservative, Liberale und Sozialdemokraten

466 im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene Bezahlung und
Ruhepausen
467 weiterhin verwehrt werden.

468 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 469 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 470 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 471 • europaweite Mindestlöhne.

472 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

473 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und
474 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

475 Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
476 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen
477 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Die Anerkennung von Bildungs- und
478 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden.

479 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort
480 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa
481 ab.

482 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
483 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale
484 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen
brauchen
485 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen
486 Grundrechte.

487 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind, ihre in
488 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
489 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch
490 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

491 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert
492 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme
493 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in Deutschland immer wieder
494 die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld erhalten in Deutschland
495 Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.

496 Um Missbrauch zu unterbinden, müssen insbesondere Finanzbehörden, Polizei und
Familienkassen
497 eng zusammenarbeiten, um organisierten Kriminellen den Boden zu entziehen. Der Missbrauch
498 durch Kriminelle darf jedoch nicht dazu führen, dass alle Unionsbürger*innen in Mithaftung
499 genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch
500 heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland weniger Geld gäbe, dass das auch für das
501 deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in Krakau studiert.

502 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 503 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 504 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.